

## 2.10 Pfarrgemeinderat und Kirchenverwaltung

*Willi Seltenreich*



## Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts

Pfarrgemeinderat und Kirchenverwaltung in der Pfarrei sind zwei eigenständige Gremien mit je eigenem Aufgabenbereich, der auch in der jeweiligen Satzung oder Ordnung verankert ist.

Der Pfarrgemeinderat dient dem Aufbau einer lebendigen Gemeinde, der Kirchenverwaltung obliegt die gewissenhafte und sparsame Verwaltung des Kirchenstiftungsvermögens, die Sorge für die Befriedigung der ortskirchlichen Bedürfnisse; sie sorgt dafür, dass das ihr anvertraute Stiftungsvermögen ungeschmälert erhalten und ordnungsgemäß verwaltet wird.

Trotz dieser unterschiedlichen Aufgaben besteht eine enge Verbindung beider Gremien, die sich besonders in der gegenseitigen Vertretung ausdrückt. So hat die Kirchenverwaltung zu ihren Sitzungen jeweils den/die Pfarrgemeinderatsvorsitzende/n oder dessen Stellvertreter/in als Gast mit dem Recht der Meinungsäußerung einzuladen. Die Kirchenverwaltung bestimmt zu Beginn ihrer Amtszeit eines ihrer Mitglieder, das die Kirchenverwaltung im Pfarrgemeinderat vertritt und benennt es dem Pfarrgemeinderat.

Die Aufgabe des Pfarrgemeinderats hinsichtlich Kirchenverwaltung beginnt bereits bei der Wahl der Kirchenverwaltung, die alle sechs Jahre stattfindet.

### Die Kirchenverwaltung bekannt machen

Da ja offensichtlich die Kirchenverwaltung in der Öffentlichkeit ein Mauerblümchen-Dasein führt, sollte der Pfarrgemeinderat zusammen mit der noch amtierenden Kirchenverwaltung versuchen, dieses Gremium und vor allem die Wahl dazu in der Öffentlichkeit bekannter zu machen: Artikel im Pfarrbrief, der Tagespresse, den Mitteilungsblättern der Kommunen, in denen die Aufgaben der Kirchenverwaltung dargestellt werden, könnten den Bekanntheitsgrad enorm steigern. Auch sollte man rechtzeitig die jährlich vorgeschriebene Pfarrversammlung anberaumen, dort die Arbeit der Kirchenverwaltung vorstellen und die Kandidaten präsentieren.

## 2.10 Pfarrgemeinderat und Kirchenverwaltung

von Willi Seltenreich

### Mitwirkung im Wahlausschuss

Die Wahlordnung zur Wahl der Kirchenverwaltung sieht folgende Mitwirkung des Pfarrgemeinderates vor.

So muss spätestens acht Wochen vor dem Wahltermin ein Wahlausschuss gebildet werden. Er besteht aus dem Pfarrer oder dem Inhaber einer Seelsorgestelle und sechs Mitgliedern, von denen drei die Kirchenverwaltung und drei der Pfarrgemeinderat wählt. Bestehen mehrere Kirchenverwaltungen, so muss der Pfarrgemeinderat für jeden Wahlausschuss drei Mitglieder wählen.

Neu seit 1997 ist, dass die von der Kirchenverwaltung zu wählenden drei Wahlausschussmitglieder der Kirchenverwaltung angehören müssen und analog die vom Pfarrgemeinderat zu wählenden Wahlausschussmitglieder dem Pfarrgemeinderat angehören müssen. Fehlt eines dieser Gremien, so wählt das andere alle sechs Mitglieder, fehlen beide Gremien, so bestimmt der Pfarrer oder Inhaber einer selbständigen Seelsorgestelle die Mitglieder des Wahlausschusses.

Ergibt sich aus der Summe der Wahlvorschläge eine Liste, die nicht mindestens die doppelte Anzahl der zu Wählenden enthält, so ergänzt der Wahlausschuss die Vorschlagsliste notfalls in der Weise, dass die Zahl der Bewerber wenigstens um 50 Prozent größer ist als die Anzahl der zu Wählenden.

Dem Pfarrgemeinderat bleibt es unbenommen, auch eine Vorschlagsliste aufzustellen und für seine Kandidaten entsprechend zu werben. Auch kann er sich dazu mit anderen Gruppen und den Verbänden in der Pfarrgemeinde verbünden.

Dies dürfte mit die wichtigste Aufgabe für den Pfarrgemeinderat sein. Die Erfahrungen aus den Pfarrgemeinderatswahlen sollten hier tragen. So wäre sicher die Vorstellung der Kandidaten im Pfarrbrief oder einem eigenen Wahlbrief vielleicht sogar mit Bild zu überlegen.

Auch bei der übrigen Vorbereitung und speziell der Durchführung der Wahl ist sicher die Mithilfe gefragt. Es darf dabei kein Nebeneinander sondern nur ein Miteinander der beiden Gremien geben. Dies sieht ja auch

die Satzung für den Pfarrgemeinderat so vor. Sich gegenseitig helfen, sich ergänzen zum Wohl der Pfarrgemeinde, sollte das Alltägliche sein. Für alle ist Platz in einer Pfarrgemeinde und jeder kann nach seinen Fähigkeiten eine Aufgabe übernehmen.

Wichtig für beide Gremien ist die gegenseitige Information und die Kommunikation untereinander.

Dies wird deutlich beim „Haushalt“. So hat die Kirchenverwaltung jedes Jahr einen Haushaltsplan aufzustellen.

*Art. 26 der Ordnung für kirchliche Stiftungen (KiStiftO)*

*1) Für jedes Haushalts- und Rechnungsjahr beschließt die Kirchenstiftung einen ordentlichen Haushaltsplan, der mit besonderer Sorgfalt und unter Mitwirkung des Kirchenpflegers vorzubereiten ist.*

*2) Haushalts- und Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.*

*3) Die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde (Bischöfliche Finanzkammer) kann für Kirchenstiftungen, die jährlich im Wesentlichen gleich bleibende Einnahmen und Ausgaben aufweisen, die Aufstellung eines Haushaltsplanes für mehrere Jahre gestatten. Sie kann in besonderen Fällen auf die Aufstellung eines Haushaltsplanes verzichten.*

*4) Der Haushaltsplan dient zur Feststellung und Deckung des Finanzbedarfs, der zur Erfüllung der der Kirchenstiftung obliegenden Aufgaben, insbesondere zur Befriedigung der ortsüblichen Bedürfnisse, im Bewilligungszeitraum erforderlich ist.*

*5) Der Haushaltsplan bildet die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung. Er ermächtigt die Kirchenverwaltung, Einnahmen zu erheben, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Durch den Haushaltsplan selbst werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.*

*6) Bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.*

*7) Der Haushaltsplan ist – unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse – in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.*

*8) Soweit erforderlich, ist ein Nachtragshaushalt zu beschließen.*

*9) Vor Verabschiedung des Haushaltsplanes holt die Kirchenverwaltung die Stellungnahme des Pfarrgemeinderates ein. Die Kirchenverwaltung kann den darin enthaltenen Änderungsvorschlägen entsprechen oder den Haushaltsplan unverändert beschließen und mit der Stellungnahme des Pfarrgemeinderates der kirchlichen Stiftungsbehörde vorlegen.*

Neben dem Haushaltsplan, der im Entwurf in einer Pfarrgemeinderatssitzung zu behandeln ist, wäre auch die jährliche Kirchenrechnung wichtig, vor allem um den Haushaltsplan besser zu verstehen.

Sie ist in Art. 31 Kirchenstiftungsordnung (KiStiftO) geregelt:

(1) Über die Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres ist innerhalb von sechs Monaten nach seinem Abschluss Rechnung zu legen.

(2) Die Rechnung hat nachzuweisen:

1. sämtliche für das Rechnungsjahr angefallenen Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zu den Ansätzen des Haushaltsplanes,
2. die am Ende des Rechnungsjahres verbliebenen Restbeträge,
3. die Übereinstimmung des Buchbestandes mit dem Kassenbestand,
4. den Stand des Vermögens (einschließlich Rücklagen) zu Beginn und am Ende des Rechnungsjahres und die in dessen Verlauf eingetretenen Veränderungen sowie
5. die Niederschrift über den ordnungsgemäßen Kassenabschluss.

(3) Art. 29 Abs. 5 gilt für die Rechnungsvorlage entsprechend.

Nämlich, dass

1. die wirklich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahmen) und die wirklich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgaben) angegeben werden,
2. die Einnahmen und Ausgaben unter den Titeln nachgewiesen werden, unter denen sie im Haushaltsplan vorgesehen sind,
3. die nach der vorigen Jahresrechnung übernommenen und die in die folgende Jahresrechnung übergehenden Bestände, ebenso wie die in einer (etwaigen) Kasse vorhandenen Mittel nachgewiesen werden,
4. Einnahmen, die den im Haushaltsplan angesetzten Einnahmebetrag über die aus einem Vorjahr verbliebenen Einnahmereste übersteigen (Mehreinnahmen) sowie Ausgaben, die den im Haushaltsplan angesetzten Ausgabebetrag und die aus dem Vorjahr übernommenen Ausgabenreste und Vorgriffe überschreiten (Mehrausgaben) besonders kenntlich zu machen und zu begründen sind,
5. Einnahmen und Ausgaben, die unter keine Zweckbestimmung des Haushaltsplanes fallen (sog. außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben) getrennt von den übrigen Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen sind,
6. ein Überschuss im ordentlichen Haushalt als solcher ausgewiesen und seine Verwendung angegeben wird sowie
7. sie auch Nachweise über die Einnahmen und Ausgaben sowie den Bestand etwaiger Sondervermögen enthält.

Werden beide Unterlagen nicht freiwillig dem Pfarrgemeinderat zur Verfügung gestellt, sollte man sich nicht scheuen, diese anzufordern. Ein Recht darauf besteht. Die Kirchenverwaltung hat laut ihrer Ordnung für den Sachbedarf des Pfarrgemeinderates aufzukommen. Oft gab es dabei aber große Schwierigkeiten. Zwischenzeitlich haben nun einige (Erz-)Bistümer Lösungen dafür gefunden. So hat zum Beispiel die Erzdiözese München-Freising im Haushaltsplan für die Kirchenstiftungen die Haushaltsstelle 62450 – Finanzierung der Pfarrgemeinderatsarbeit – eingerichtet. Damit kann der Pfarrgemeinderat seinen eigenen Haushaltsplan erstellen, der die Aufwendungen für Sitzungen des Pfarrgemeinderates und seiner Sachausschüsse sowie für Weiterbildungsmaßnahmen beinhaltet sowie weitere pfarrliche Maßnahmen, die unter der Federführung des Pfarrgemeinderates geplant und durchgeführt werden, erfasst, wie zum Beispiel Pfarrversammlungen, Neujahrsempfang, Empfang und Dank für Ehrenamtliche, Sachgeschenke bei Jubiläen und Anderes mehr. Selbstverständ-

lich sind darin auch die Fahrt-, Telefon- und Materialkosten der Ehrenamtlichen enthalten.

Ein weiterer Punkt der Zusammenarbeit ergibt sich aus Art. 24 Abs. 4 KiStiftO: (4) Vor bedeutenden Entscheidungen der Kirchenverwaltung – vor allem Grenzveränderungen, Neu- und Umbau von Kirchen, Pfarrhäusern, Kindertagesstätten und sozialen Einrichtungen – ist der Pfarrgemeinderat rechtzeitig zu informieren und zu hören. Bei entsprechenden Eingaben an die kirchliche Oberbehörde fügt der Pfarrer dem Kirchenverwaltungsbeschluss die Stellungnahme des Pfarrgemeinderates bei.

Dies sind die wichtigsten Punkte bei der Zusammenarbeit beider Gremien, die bei guter gegenseitiger Information – Vertreter der Gremien sind jeweils im anderen Gremium vertreten – und Kommunikation umsetzbar sind. Deshalb sollte bei keiner Sitzung der Tagesordnungspunkt „Bericht aus dem Pfarrgemeinderat“ bei der Kirchenverwaltung und „Bericht aus der Kirchenverwaltung“ beim Pfarrgemeinderat fehlen.

